

## **Appell an Israelis, Palästinenser und die Europäische Union**

Als deutsch-israelisches Ehepaar, das sich seit langem für die Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern einsetzt, fordern wir von den Konfliktparteien im Nahen Osten

- den sofortigen Waffenstillstand zwischen Israel und Hamas sowie die Aufhebung der Abriegelung des Gazastreifens durch Israel gemäß der UN-Resolution vom 8. Januar 2009,
- die schnelle Aufnahme von Versöhnungsgesprächen zwischen Fatah und Hamas, um in die Verhandlungen mit der israelischen Regierung politische Geschlossenheit zu demonstrieren, und
- den raschen Beginn von ernsthaften Verhandlungen zwischen der israelischen Regierung und der palästinensischen Führung mit dem Ziel der Gründung des souveränen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen vor dem Junikrieg 1967.

Die gegenwärtige Gewalt in und um den Gazastreifen ist nicht mehr als ein Symptom für die ungelösten zentralen Probleme des Konflikts. Deshalb fordern wir die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Zusammenarbeit mit der neuen Administration in Washington unter Präsident Barack Obama auf, endlich ihre politisch-diplomatischen Möglichkeiten für die Strukturen des dauerhaften Friedens zwischen beiden Völkern auszuschöpfen. Hierfür bieten die Absichtserklärung der Arabischen Friedensinitiative von 2002 und der detaillierte israelisch-palästinensische Vertragsentwurf der Genfer Initiative von 2003 zwei grundlegende Modelle.

Mit unserem Appell distanzieren wir uns von Personen und Gruppen in Deutschland, die sich besonders in ihrer Öffentlichkeitsarbeit von stereotypen Feindbildern leiten lassen und damit die Fortsetzung der Konfrontation im Nahen Osten in Kauf nehmen, wenn nicht gar das Wort reden. Im Gegensatz dazu solidarisieren wir uns mit all jenen Israelis und

Palästinensern, die von den Chancen einer friedlichen Zukunft zwischen beiden Völkern überzeugt sind und die wissen, dass vom Frieden zwischen der Ostküste des Mittelmeeres und dem Jordan ein nachdrückliches Signal ausgehen wird, auch in anderen Teilen der Region die politischen, ethnischen und religiösen Konflikte zu überwinden.

München, den 9. Januar 2009